

BI Pfattertal sieht neue Unklarheiten

GERICHT Wenige Tage bevor die Klage gegen die Anhebung der Abwassergebühren verhandelt wird, gibt es weitere Kritik am Finanzgebaren des Zweckverbands.

VON CHRISTOF SEIDL, MZ

MINTRACHING. Seit zwei Jahren versucht die „Bürgerinitiative Transparenz beim AZV Pfattertal“ (BI), Licht in die Vorgänge um den Abwasserzweckverband (AZV) zu bringen. Immer noch stößt die Initiative nach Angaben ihres Vorsitzenden Dieter Scheible auf Ungereimtheiten. Eine davon kam mit der Petition der BI an den Bayerischen Landtag auf. Diese Petition hat eine für die Bürger günstigere gesetzliche Regelung bei der Gründung und Führung von Zweckverbänden und Kommunalgesellschaften zum Ziel.

„Nachtarocken“ ist rechtswidrig

Bei einer Anhörung im Ausschuss für kommunale Fragen und innere Sicherheit kam auch eine Investitionsumlage zur Sprache, die die fünf Verbandsgemeinden an den AZV zahlen. Die Zuhörer erfuhren zu ihrer Überraschung von Dr. Thomas Huber (Innenministerium), dass die Handhabung der Straßenentwässerungsbeiträge rechtswidrig gewesen sei. Aber

die fünf Gemeinden hätten sich freiwillig bereit erklärt, die Straßenentwässerungsbeiträge nachträglich zu übernehmen.

Jetzt zahlen die Gemeinden auf fünf Jahre verteilt 3,7 Millionen Euro und Zinsen von ca. 400 000 Euro. In München war von nur 3,4 Millionen Euro die Rede. Die BI wollte es genau wissen und schrieb 30 Fraktionssprecher und Gemeinderäte der fünf AZV-Gemeinden an. Die Gemeinderäte müssten ja wissen, wofür wie viel Geld verwendet wird, sagt Scheible.

Der Köferinger Gemeinderat Wolfgang Gruber hatte in seiner Antwort aber mitgeteilt, dass nach seinem Kenntnisstand die Investitionsumlage dazu diene, die Verluste aus den Wertpapiergeschäften des Kommunalunternehmens auszugleichen. So

habe laut Gruber in der Sitzung des Gemeinderats Köfering am 4. Mai 2009 die Begründung gelautet.

In einer E-Mail des AZV an die Bürgermeister vom 14. Juli 2011 werde die Umlage in Höhe von 3,7 Millionen Euro aber eindeutig dem Bereich Straßenentwässerung zugeordnet. Im Gemeinderat sei davon zuvor nie die Rede gewesen, bestätigte Gruber auf Anfrage der MZ. Von dem Zusammenhang zwischen Investitionsumlage und Straßenentwässerungsbeiträgen habe er erst durch das Schreiben der BI erfahren. „Zumindest dem Gemeinderat Köfering ist das niemals in dieser Form zur Beratung und Abstimmung vorgelegt worden.“

Scheible vermutet, dass Ähnliches auch für andere Mitgliedsgemeinden gilt. Zwar hätten von den 30 Mandats-

trägern nur sechs geantwortet, von diesen habe aber keiner bestätigen können, dass er über die Verwendung der Investitionsumlage informiert gewesen sei. Scheible: „In einigen Fällen dankte man sogar der BI für ihre Hartnäckigkeit in Sachen Transparenz, die wohl anders nicht zu erreichen ist.“

Steuernachzahlung noch unklar

Für die Bürger sei nun klar, dass die Gemeinden in zwei Bereichen Schulden abzahlen müssen: für die Entwässerungsbeiträge und für die bei Finanzgeschäften verackten Millionen. Dazu komme eine Umsatzsteuernachzahlung, deren Höhe letztlich ebenfalls noch nicht feststeht.

AZV-Vorsitzender Hubert Achhammer betonte auf Anfrage der MZ, man habe immer gesagt, dass sich diese Investitionsumlage auf die Straßenentwässerungsbeiträge bezieht. Auf Bitten der Bürgermeister habe der Zweckverband dies vor kurzem in einem Schreiben erneut klar ausgedrückt. Wie der Ausschuss auf 3,4 Millionen Euro kommt, sei ihm ein Rätsel, sagt Achhammer. „Von uns hat er diese Zahl nicht.“ Was die Steuernachzahlung angehe, sei es richtig, dass eine Umstellung im Mehrwertsteuerbereich anfangs Kosten verursache, langfristig könne der Zweckverband dadurch aber Ausgaben reduzieren. Die Verhandlungen mit den zuständigen Stellen seien noch in Gang, es gehe aber keinesfalls um einen Betrag in Millionenhöhe.

UNWIRTSCHAFTLICHE INVESTITIONEN

► **Rund zwei Millionen Euro** hat sich der Abwasserzweckverband Pfattertal eine Anlage zur Klärschlamm-trocknung kosten lassen. Sie sollte jährlich rund 5000 Tonnen Klärschlamm auch von Partnergemeinden auf ein Viertel der Masse reduzieren. Der Gedanke dahinter war, dass die Kosten für die Klärschlamm-trocknung deutlich steigen werden. Nachdem sich der Markt anders entwickelt hatte, blieb die Anlage unrentabel.

► **Als untauglich** erwies sich die Idee, Klärschlamm durch Niedertemperatur-konvertierung zur Energiegewinnung zu



Fehlinvestition: die Klärschlamm-trocknungsanlage Foto: MZ-Archiv

nutzen. Zwar wurde die Pilotanlage von der EU mit 1,16 Millionen Euro gefördert, doch sie kostete insgesamt 4,25 Millionen Euro und ging nie in den regulären Betrieb. (cs)